

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Sportausschusses (5. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Wolfgang Bosbach, Norbert Barthle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Dagmar Freitag, Swen Schulz (Spandau), Dr. Peter Danckert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Detlef Parr, Dr. Max Stadler, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP**  
– Drucksache 16/13481 –

### **Unterstützung der Bewerbung der Landeshauptstadt München zur Ausrichtung der XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018**

#### **A. Problem**

Olympische und Paralympische Spiele sind herausragende Sportgroßereignisse und werden weltweit von Milliarden von Zuschauern verfolgt. Die Faszination der Spiele geht hierbei nicht nur von den erwarteten herausragenden sportlichen Leistungen aus. Das Zusammentreffen von Sportlerinnen und Sportlern unterschiedlichster Kulturen, die sich im sportlichen Wettkampf messen und doch als olympische Familie gemeinsam im Olympischen Dorf zusammenleben, hat hohe Symbolkraft und stellt einen besonderen Rahmen dar, der Olympische und Paralympische Spiele einzigartig macht. Der Anspruch und das Ziel der Olympischen und Paralympischen Idee, durch Sport einen Beitrag zum Aufbau einer friedlichen und besseren Welt zu leisten sowie gegenseitiges Verstehen, Respekt und Toleranz im Umgang miteinander, Freundschaft, Solidarität und Fair Play zu fördern, verdienen das Engagement der Staatengemeinschaft und jedes Einzelnen.

Fast 40 Jahre nach den Olympischen Spielen von 1972 ist es Zeit für eine neue Bewerbung um Olympische Spiele, zumal Deutschland bei den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2006 in Turin seine Rolle als führende Wintersportnation in der Welt bestätigt hat.

Die Olympiabewerbung 2018 ist über die Bewerberstadt München zusammen mit Garmisch-Partenkirchen und dem Landkreis Berchtesgadener Land hinaus ein nationales Anliegen. Sie erfordert die notwendige Unterstützung auf allen staatlichen Ebenen, aller gesellschaftlicher Bereiche, der Wirtschaft, des Sports, der Kultur und der Menschen in unserem Land. Nur so kann es gelingen, gegenüber den starken Mitbewerbern erfolgreich zu sein.

**B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/13481 anzunehmen.

Berlin, den 1. Juli 2009

### **Der Sportausschuss**

**Dr. Peter Danckert**  
Vorsitzender

**Klaus Riegert**  
Berichtersteller

**Dagmar Freitag**  
Berichterstellerin

**Detlef Parr**  
Berichtersteller

**Katrin Kunert**  
Berichterstellerin

**Winfried Hermann**  
Berichtersteller

## Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Dagmar Freitag, Detlef Parr, Katrin Kunert und Winfried Hermann

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/13481** in seiner 227. Sitzung am 18. Juni 2009 beraten und an den Sportausschuss zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP fordern die Unterstützung der Bewerbung der Landeshauptstadt München zur Ausrichtung der XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018. Fast vierzig Jahre nach den Sommerspielen von 1972 in München sei es Zeit für eine neue Bewerbung um Olympische Spiele, zumal Deutschland bei den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2006 in Turin seine Rolle als führende Wintersportnation in der Welt bestätigt habe. Eine Olympiabewerbung würde zudem die herausragende Chance bieten, einen substantiellen Beitrag zur Fortentwicklung der Olympischen Idee zu leisten, den deutschen Sport international zu präsentieren, die Sportentwicklung im eigenen Land zu fördern und das Bild Deutschlands als weltoffenes und modernes Land, wie dies anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 erfolgte, erneut zu festigen.

Daher wolle der Deutsche Bundestag beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt nachdrücklich die beabsichtigte Bewerbung der Landeshauptstadt München zusammen mit der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen und dem Landkreis Berchtesgadener Land zur Ausrichtung der XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018. Er sieht die Bewerbung und die angestrebte Ausrichtung der Spiele als nationale Aufgabe an.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Olympiabewerbung weiterhin zu fördern und zu unterstützen.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Mitwirkung der Bundesregierung im Aufsichtsrat der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH sowie die Tatsache, dass auch ein Vertreter des Deutschen Bundestages Sitz und Stimme hat.
4. Der Deutsche Bundestag begrüßt die durch die olympische Bewerbung und von den Spielen ausgehenden Impulse für die Sportentwicklung und Infrastruktur im eigenen Land. Er sieht zudem die Chance, mit einer Durchführung der Spiele einen positiven Beitrag für die Fortentwicklung der olympischen Idee mit ihren Kernelementen der Völkerverständigung, des Respekts und der Toleranz sowie des Fair Play zu leisten.

5. Der Deutsche Bundestag geht davon aus, dass das Internationale Olympische Komitee sich seiner Verantwortung stellen und daher einen erheblichen Finanzbeitrag zur Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2008 leisten wird. Die sich daraus ergebenden vielfältigen positiven Wirkungen auf Tourismus, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen lassen eine staatliche Förderung verantwortbar erscheinen, ohne die Olympische und Paralympische Winterspiele in Deutschland, trotz des Finanzbeitrages des IOC und anderer freier Träger aus der Wirtschaft, nicht durchführbar sind. Der Deutsche Bundestag setzt dabei auf ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen der Landeshauptstadt München, der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen und dem Landkreis Berchtesgadener Land sowie den Ländern und dem Bund.
6. Der Unterstützungsbeschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern wird als wichtiges Signal gesehen, dass die Olympiabewerbung als gesamtstaatliche Aufgabe begriffen wird. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Beteiligten, der daraus resultierenden Verantwortung im Laufe des Bewerbungsverfahrens und bei einem Zuschlag zur Ausrichtung der Spiele Rechnung zu tragen.
7. Der Deutsche Bundestag macht alle Beteiligten darauf aufmerksam, dass bei der Bewerbung neben den sportlichen und infrastrukturellen insbesondere auch die ökologischen und kulturellen Belange sowie die nachhaltige Nutzung der Sportstätten als auch der Liegenschaften zur Unterbringung der Sportlerinnen und Sportler sowie Trainer und Betreuer einen besonderen Stellenwert einnehmen sollen.
8. Der Deutsche Bundestag setzt sich für Olympische und Paralympische Spiele der Nachhaltigkeit als wichtigsten Beitrag für eine zukunftsfähige Sportentwicklung in Deutschland ein.

Im Einzelnen wird auf die Drucksache 16/13481 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 93. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 102. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 105. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 82. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Abwesenheit der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage in seiner 82. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 78. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten und empfiehlt die Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßt und unterstützt die beabsichtigte Bewerbung der Stadt München zusammen mit Garmisch-Partenkirchen und dem Landkreis Berchtesgadener Land zur Ausrichtung der XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018. Die Bewerbung und Ausrichtung werden als nationale Aufgabe angesehen. Eine Olympiabewerbung Deutschlands hat großartiges Potential. Sie kann dazu beitragen, den deutschen Sport international zu präsentieren, die Sportentwicklung im eigenen Land zu fördern und das Bild Deutschlands als weltoffenes und modernes Land zu festigen. Die Olympiabewerbung 2018 ist über die Bewerberstadt München zusammen mit Garmisch-Partenkirchen und dem Landkreis Berchtesgadener Land hinaus ein nationales Anliegen. Sie erfordert die notwendige Unterstützung auf allen staatlichen Ebenen, aller gesellschaftlichen Bereiche, der Wirtschaft, des Sports, der Kultur und der Menschen in unserem Land. Nur so kann es gelingen, gegenüber den starken Mitbewerbern erfolgreich zu sein. Die Veräußerung des Arsenal „Bayernkaserne“ an die Landeshauptstadt München durch die Bundesregierung in Umsetzung der „Gemeinsamen Erklärung“ der Landeshauptstadt München und des Bundesministeriums der Verteidigung zur Abgabe entbehrlicher Bundeswehrliegenschaften, ist ein wichtiger Beitrag des Bundes zur Unterstützung der Landeshauptstadt München bei der Bewerbung. Eine besondere Chance der deutschen Olympiabewerbung für 2018 liegt darin, überzeugende Lösungen auf

möglichst vielen Gebieten zu entwickeln. Das Konzept für nachhaltige ökologische Spiele mit kurzen Wegen wird durch die Einbeziehung der bestehenden Sportinfrastruktur im Münchner Olympiapark, in Garmisch-Partenkirchen und mit der Kunsteisbahn am Königssee im Berchtesgadener Land unterstrichen. Mit dem ausgewogenen Verhältnis von dauerhaft und temporär angelegten Sportstätten und Einrichtungen entspricht die deutsche Bewerbung den Vorstellungen des IOC, die Spiele nachhaltig zu gestalten; dazu gehören insbesondere die barrierefreie und umweltgerechte Gestaltung der genutzten Sportstätten. Die CDU/CSU-Fraktion erkennt an, dass das Internationale Olympische Komitee einen erheblichen Finanzbeitrag zur Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 in Aussicht gestellt hat.

Die **Fraktion der SPD** macht deutlich, dass der Antrag einer der ersten Schritte auf dem Weg zu einer erfolgreichen Bewerbung Münchens um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 sei. Das Parlament drückt damit seine grundsätzliche Unterstützung für dieses Projekt aus. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Bewerbung weiterhin zu fördern und zu unterstützen. Dies muss ergänzt werden durch umfassende Leistungen des Landes Bayern und der Bewerberstadt München. Auch die Sportorganisationen und die Wirtschaft sind gefordert, Unterstützung in der Bewerbungsphase beizutragen, um die Bewerbung möglichst aussichtsreich und erfolversprechend zu gestalten. Sowohl die Bewerberstadt München als auch die beteiligten Bewerbungspartner Garmisch-Partenkirchen und der Landkreis Berchtesgadener Land verfügen bereits heute über eine hervorragende Infrastruktur und haben damit beste Voraussetzungen, nachhaltige ökologische Spiele mit kurzen Wegen auszurichten

Sollte München aus dem Bewerbungsverfahren als Ausrichterstadt der XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018 hervorgehen, erwarte man auch vom Internationalen Olympischen Komitee einen umfassenden Beitrag für die erfolgreiche Ausrichtung.

Ähnlich wie bei der Bewerbung um die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland kann auch die Münchner Bewerbung um Olympische und Paralympische Winterspiele nur gelingen, wenn alle Beteiligten gemeinsam handeln.

Die **Fraktion der FDP** begrüßt und unterstützt die Bewerbung der bayerischen Landeshauptstadt München zusammen mit Garmisch-Partenkirchen und dem Berchtesgadener Land um die Ausrichtung der XXIII. Olympischen Winterspiele und XII. Paralympics 2018. Deutschland hat in den vergangenen Jahren erfolgreich internationale Sportgroßveranstaltungen ausgerichtet und sich als guter Gastgeber erwiesen. Die Olympischen Winterspiele in München würden einen enormen Beitrag dazu leisten, den deutschen Sport international zu repräsentieren und das Bild Deutschlands in der Welt als weltoffen und tolerant weiter zu prägen. Die Bewerbung Münchens ist eine nationale Aufgabe und erfordert neben der staatlichen Unterstützung eine gesamtgesellschaftliche Unterstützung. Die Münchner Bewerbung liefert zudem ein überzeugendes Konzept: Spiele der ökologischen Nachhaltigkeit und der kurzen Wege könnten 2018 in Deutschland Realität werden. Damit entspricht diese Bewer-

bung voll und ganz den hohen Erfordernissen des IOC, für welches in den letzten Jahren der Nachhaltigkeitsfaktor ein immer wichtigeres Vergabekriterium wurde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** teilt die Auffassung, dass Olympische Spiele und Paralympics einen wertvollen Beitrag zur Völkerverständigung, zu Respekt und Toleranz, Freundschaft, Solidarität und Fair Play leisten können – so, wie dies im gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP beschrieben wird. Gerade der ständig wechselnde Austragungsort der Olympischen Spiele ist ein wesentliches Element dieser beschriebenen gesellschaftlichen Funktion, Wirkung und Bedeutung.

Die Fraktion DIE LINKE. identifiziert sich mit den Leitgedanken der Olympischen Bewegung – Frieden, Völkerverständigung und Entwicklungshilfe.

Die Bewerbung der Stadt München um die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele und Paralympics im Jahr 2018 wird als ein „nationales Anliegen“ beschrieben – im Widerspruch dazu ist die Fraktion DIE LINKE. nicht in die Erarbeitung des vorliegenden Antrags einbezogen gewesen.

Der Antrag ist als Resolution des Deutschen Bundestages zu verstehen und bringt Forderungen bzw. Hoffnungen zum Ausdruck, die die konkrete Ausgestaltung der Durchführung der Spiele betreffen. Es wird von einer „verantwort-

baren“ Förderung durch Steuergelder gesprochen, aber es erfolgt keine konkrete Untersetzung.

Die Fraktion DIE LINKE. wird sich der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stehen aus sportpolitischer Sicht einer deutschen Bewerbung zur Austragung Olympischer und Paralympischer Winterspiele 2018 in München grundsätzlich positiv gegenüber. Olympische Spiele und Paralympics sind die Chance für die Weiterentwicklung des Leistungssports in Deutschland wie auch für die sporttouristische Entwicklung einer Bewerberstadt und -region. Allerdings müssten für eine sinnvolle und erfolgreiche Bewerbung wichtige Voraussetzungen und Fragen geklärt sein. Es stelle sich unter anderem die Frage, ob die Spiele tatsächlich einen positiven Beitrag für einen sauberen, fairen und dopingfreien Sport leisten können.

Außerdem muss geklärt werden, ob die Sportanlagen so gebaut und genutzt werden können, dass sie dem Prinzip der Nachhaltigkeit gerecht werden. Gleiches gilt auch für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen sowie das Verkehrskonzept. Besonderes Gewicht muss auch dem Schutz von sensiblen Naturräumen in den Alpen eingeräumt werden.

Letztendlich gibt es noch keine notwendige Klärung in diesen Fragen, daher wird sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Stimme enthalten.

Berlin, den 1. Juli 2009

**Klaus Riegert**  
Berichtersteller

**Dagmar Freitag**  
Berichterstellerin

**Detlef Parr**  
Berichtersteller

**Katrin Kunert**  
Berichterstellerin

**Winfried Hermann**  
Berichtersteller



